

# Stadtpolitik

Den Lesern das Thema Stadtpolitik als ersten Schwerpunkt im neuen Jahr zu präsentieren passt in eine Zeit, die von politischen Herausforderungen nur so gesättigt ist. Eine Gegenwart, die politisierter scheint denn je und mit einem Aufleben politischen Streits aufwartet, auch wenn dies nur derjenige billigt, der Dissens als wichtigen Charakterzug der Demokratie ansieht.

Nun ist auch die Stadtpolitik zu einem Gutteil durch politischen Streit geprägt. So hat die Flüchtlingskrise vor Ort in den Städten und Gemeinden zu einem bisher nicht gekannten Ausmaß von Unstimmigkeit, Konflikt und Polemisierung geführt. Das Aufbrechen von Dissens, was die räumliche Verteilung von Chancen und Lasten betrifft, stellt allerdings auf lokaler Ebene kein neues Phänomen dar. Dies belegen die zahlreichen Konflikte um planungsbezogene Vorhaben.

Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass kritische Beobachter seit langem ein Verschwinden der Politik und eine Entleerung des Politischen diagnostizieren. So wird post-politischer Politik vorgeworfen, sie unterbinde die politische Auseinandersetzung mit kontroversen Positionen und verberge existente Konflikte und Widersprüche. Zudem würden bestimmte, vormals politische Entscheidungen und Fragen nicht länger als politische Sachverhalte thematisiert und von der politischen Agenda suspendiert. Die TINA-Rhetorik („there is no alternative“) ist eine auch in Planungsangelegenheiten bekannte Ausprägung dieser diskursiven Schließung.

Für die Stadtpolitik könnte dies heißen, dass die Frage, welche planungsbezogenen Angelegenheiten und Themen in den Bereich öffentlicher Politik fallen oder dieser entzogen werden, als solche selbst umstritten und damit politisierbar ist. Wo beginnt und endet die Planung, wo beginnt und endet die Politik? Diese Frage dürfte unter Planern recht verschiedene Antworten auslösen. Es spricht daher einiges dafür, sich intensiver mit dem Verhältnis zwischen Politik und Planung

zu befassen. Die dazu aufgetane Perspektive ist zweigliedrig. Im Kontext der Stadt- und Raumplanung von Politik zu sprechen, meint erstens tatsächlich den von politischen Institutionen geprägten Bereich, in dem kollektiv verbindliche Entscheidungen hergestellt und durchgesetzt werden. Die Grenzsäume beider Sphären, Planung und Politik, sind unscharf, wenn nicht fließend: Planung ist zu einem großen Teil Politik und umgekehrt. Eine zweite Perspektive tut sich mit dem Begriff des Politischen auf, ein starker Begriff, der die Zuständigkeiten – hier die Politik, da die Planung, dort die Wirtschaft usw. – unterläuft. Ein Bereich menschlichen Handelns und Entscheidens wie die Planung kann je nach Umständen als politisch oder unpolitisch bezeichnet werden. Das Politische kennzeichnet zweierlei: das Feld des gesellschaftlich konflikthaften und die Bezugnahme auf ein Allgemeines. Über seine Grenzen und Themen streiten die Bürger, z. B. wenn es darum geht, welche Fragen kollektiv geregelt werden sollen und welche nicht. Das Unpolitische ist hingegen dort angezeigt, wo politische Gestaltungs- und Entscheidungsmacht schwindet und in subpolitische Arenen abwandert. Das Politische wäre genau dann nicht nur die Möglichkeitsbedingung für Politik, sondern vor allem auch ihr kritischer Maßstab.

Manfred Kühns Beitrag „Planungspolitiken“ thematisiert explizit das Verhältnis zwischen Planung und Politik. Kühn sieht in der Wiederentdeckung klassischer Ansätze einen passablen Weg der Annäherung an diese Relation, da, wie es scheint, das Wissen um den politischen Charakter der Planung in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen ist. Verantwortlich dafür sei die Governance-Perspektive, während die kommunikative Wende zur Ausblendung planungsseitiger Machtressourcen beigetragen habe. Der Autor plädiert für eine Planung, die sich ihres politischen Charakters und vor allem ihrer Gestaltungsmacht bewusst wird, und macht so auch das Politische der Grenzziehung zwischen beiden Sphären, Politik und Planung, wieder sichtbar.

Aus einer anderen Perspektive nähert sich der Beitrag „Stadtpolitik aus Netzwerkperspektive“ von Bettina Lelong und Melanie Nagel dem Schwerpunktthema. Lelong und Nagel führen anhand von drei Studienfällen vor, welche Potenziale die methodisch innovative Netzwerkforschung für die Analyse stadtpolitischer Prozesse hat. Ihr Beitrag liefert unter Verweis auf die Macht- und Einflusseffekte, die aus Netzwerkbildungen resultieren, eine sehr konkrete Bestandsaufnahme mehr oder weniger politisch zu kennzeichnender Planungsprozesse. Die drei Fälle stehen für sehr kontrastierende Aspekte: für die Abschottung eines exklusiven Vorentscheider-Netzwerkes, für die Offenheit eines Unterstützer-Netzwerkes „von unten“ sowie für die diskursive Polarisierung eines öffentlich ausgetragenen Planungskonfliktes.

Karsten Zimmermann diskutiert in seinem Beitrag „Lokale Governance als erweiterte Vorentscheider-Strukturen“ die These des Wandels lokaler Entscheidungsprozesse. Zimmermann gesteht ein, es sei nicht einfach, einen Wandel lokaler Governance, verstanden als Einflussverlust lokaler Politik bzw. Folge zunehmender Privatisierung, zu beschreiben, da entsprechende Studien fehlen würden. Der Beitrag kann als Versuch interpretiert werden, die lokale Governance aus dem Kontext der Problemlösungs- und Modernisierungsdiskurse, die das Politische eher verdecken, zu befreien. Dazu bringt der Autor nicht nur die Idee erweiterter Vorentscheider-Strukturen ins Spiel, sondern er regt auch die Rückbesinnung auf eine klassische Politics-Frage an: „who gets what, when, how“.

Sven Richter geht in seinem Beitrag „Stadtpolitik und Medien“ auf die Rolle lokaler Printmedien in der amerikanischen Stadtpolitik ein. In einem Rekurs auf ältere politikökonomische Ansätze thematisiert der Beitrag die zentrale Stellung lokaler Tageszeitungen in der Politikvermittlung und skizziert die Rahmenbedingungen für das Einvernehmen zwischen lokalen Wirtschafts- und Politikeliten und der Lokalpresse. Die Tendenz, das Politische einzuhegen und auftretende Konflikte und Kontroversen vor der Öffentlichkeit zu verbergen, ist der bedeutsamste Beitrag der Medien innerhalb dieses Einvernehmens. Interessant ist, dass sich diese Rolle nur in Teilen mit den Wahrnehmungen von Planern hierzulande zu decken scheint.

Peter Ache und Gert-Jan Hospers erläutern in ihrem Beitrag „Niederländische Stadtplanung: zwischen Dezentralisation und Partizipation“ den Politikwechsel, der in den letzten Jahren in der niederländischen Raum- und Stadtplanung vollzogen worden ist. Dieser auf effektive Regulierung und Dezentralisierung abzielende Wandel gibt übergeordnete Planungsziele auf und steht mit seinem wettbewerbsorientierten wie partizipativen Governance-Ansatz für den postpolitischen Formenwandel planungsbezogenen Handelns. Die Autoren stellen die Grundzüge der neuen Agenda vor und diskutieren am Beispiel einer Mittelstadt, die einen Partizipationsprozess zur Entwicklung ihres Stadtzentrums eingeleitet hat, die Konsequenzen dieser neuen Planungspolitik.

Klaus Kunzmanns Beitrag „Big Data und smarte Technologien“ geht schließlich den absehbaren und möglichen Ver-

änderungsimpulsen der neuen Technologien nach und stößt dabei unweigerlich auf Symptome des Unpolitischen. Der Artikel wirft, bedingt durch seinen prognostischen Charakter, viele Fragen auf und diskutiert die spannungsreiche Relation, die sich zwischen lokalen Politikbedürfnissen, dem neuen privatwirtschaftlichen Datenmonopol und der Stadt- und Raumplanung als Ingenieurdisziplin auftut. Eine denkbare Konsequenz von „Big Data“ könnte sein, dass das Tätigkeitsfeld von Stadt- und Raumplanern in naher Zukunft einen neuen Zuschnitt und neue Inhalte erhält.

Die skizzierten Beiträge bilden eher ein Echo auf die These vom Verschwinden der Politik als umgekehrt. Während das Politische in der Planung gerade in aufbrechenden Planungskonflikten zum Vorschein kommen kann, sind partizipative wie korporative Governance-Netzwerke wie auch die vielfach belegte Dominanz der Exekutive in der Ausgestaltung von Planungsprozessen eher ein Aufweis für das Unpolitische, wofür auch die Verengung der Handlungsspielräume lokaler Politik steht. Es ist kein Zufall, dass einige Beiträge die Politik – einesteils über Machtansätze, einesteils über Ansätze der politischen Ökonomie – wieder in die Planung einführen, aber kein Autor die weitergehende Politisierung von Planungsprozessen, im Sinne des Politischen und der Neigung zu Dissens, aufgreift. Das Thema Stadtpolitik ist damit nur ansatzweise neu aufgeworfen worden. Umso wünschenswerter wäre es, wenn sich die Planungsdisziplin substanziell mit ihren politischen Rahmenbedingungen und dem politischen Charakter ihrer Aufgabenfelder auseinandersetzen würde und so zu einem fundierten Begriff des Politischen in der Planung durchstoßen könnte. Die aufgeworfene Differenz zwischen der Politik und dem Politischen könnte dafür richtungsweisend sein.



**Peter Ache**, 1960, IfR, Professor für Raumplanung, Radboud Universität in Nijmegen, Redaktion RaumPlanung



**Thomas Krüger**, 1958, Prof. Dr.-Ing., Bauassessor, Leitung des Arbeitsgebietes Projektentwicklung und Projektmanagement in der Stadtplanung an der HafenCity Universität Hamburg, Redaktion RaumPlanung



**Sven Richter**, 1970, Dr., Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Stadtplanung, Hafencity Universität Hamburg